



Geldwäscheprävention - Newsletter Nummer 13

vom 22. Mai 2018

Die Themen dieses Newsletters sind:

- [Allgemeinverfügung zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten](#)
- [Anmeldung bei goAML für Verdachtsmeldungen](#)
- [Zugang zum „internen Bereich“ der FIU](#)

Allgemeinverfügung zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten

Das Regierungspräsidium Kassel hat für die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten bei Händlern hochwertiger Güter eine Allgemeinverfügung erlassen. Hiernach müssen diejenigen Güterhändler, welche die dort genannten Voraussetzungen erfüllen, künftig einen Geldwäschebeauftragten sowie einen Vertreter bestellen und dies beim Regierungspräsidium Kassel anzeigen.

Der Missbrauch von Güterhändlern zu Zwecken der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung stellt eine erhebliche Bedrohung für die Integrität und Reputation des internationalen Wirtschaftsstandortes Deutschland und seiner Unternehmen dar. Die in Deutschland tätigen Wirtschaftsakteure sind nach dem Geldwäschegesetz (GwG) verpflichtet, aktiv bei der Geldwäscheprävention mitzuwirken.

Sie müssen u. a. risikoangemessene interne Sicherungsmaßnahmen (§ 6 GwG) schaffen, um auf die festgestellten Gefahren reagieren zu können. Hierzu gehört auch die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten (§ 7 GwG).

Das Regierungspräsidium Kassel als zuständige Aufsichtsbehörde hat von seiner Anordnungsbefugnis zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten und eines Stellvertreters nach § 7 Abs. 3 GwG Gebrauch gemacht und eine entsprechende Allgemeinverfügung erlassen.

Die [Allgemeinverfügung](#) vom 23.04.2018 (veröffentlicht im Staatsanzeiger 19/2018, S. 619 am 07.05.2018) und ihre [Begründung](#) finden Sie auf unserer Homepage. Dort finden Sie außerdem einen [Mitteilungsvordruck Geldwäschebeauftragter](#).

Anmeldung bei goAML für Verdachtsmeldungen

Seit Beginn dieses Jahres ist die Abgabe einer Verdachtsmeldung ausschließlich elektronisch über das [Meldeportal der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen \(FIU\)](#)

möglich. Dort wird das IT-Verfahren „goAML“ genutzt. Damit die Abgabe im Ernstfall problemlos und zeitnah erfolgen kann, ist es wichtig, dass Sie sich bereits im Vorfeld bei goAML registrieren. Die Registrierung kann bereits jetzt ohne Verdachtsfall erfolgen und ist dringend zu empfehlen. [Hier](#) gelangen Sie direkt zum Registrierungsvorgang als Verpflichteter oder meldende Behörde.

Weitere Informationen zur Registrierung finden Sie auf der [Homepage der FIU](#) und im [Handbuch goAML Web Portal](#).

Sollten sich bei der Registrierung Probleme ergeben oder Sie weitere Fragen zu goAML haben, wenden Sie sich bitte direkt an die FIU (Hotline für Verpflichtete: +49 (0) 351 44834 - 556; Fax: +49 (0) 221 672 - 3999; E-Mail: info.fiu@zoll.de).

Zugang zum „internen Bereiche“ der FIU

Die FIU, die Zentralstelle für die Entgegennahme, Sammlung und Auswertung von Verdachtsmeldungen im Bereich der Finanztransaktionen, stellt in einem nicht öffentlichen Bereich weiterführende Informationen für Verpflichtete zur Verfügung. Bei Interesse nehmen Sie bitte Kontakt mit der [FIU](#) auf, um die Zugangsdaten für diesen Bereich zu erhalten.

Unter folgender E-Mail-Adresse können Sie den Newsletter jederzeit abbestellen: geldwaeschepraevention@rpk.hessen.de

Ihre Ansprechpartnerinnen beim Regierungspräsidium Kassel:

Frau Ellrich
Telefon: 0561-106-1202

Frau Jung
Telefon: 0561-106-2130

Regierungspräsidium Kassel
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel
Fax: 0611-32764-1056
E-Mail: geldwaeschepraevention@rpk.hessen.de
[Internetseite](#)